

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Fabio De Masi, Klaus Ernst, Jutta Krellmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 19/579 –

Europäischen Währungsfonds ablehnen – Öffentliche Investitionen stärken und Finanzsektor strikt regulieren

A. Problem

In ihrem sog. Nikolauspaket hat die KOM am 6. Dezember 2017 eine Reihe von Gesetzgebungsvorschlägen und Mitteilungen vorgelegt, die auf die Verlagerung von Kompetenzen auf die Unionsebene bzw. die Schaffung neuer Institutionen und Instrumente abzielen. Unter anderem hat die Europäische Kommission (KOM) einen Verordnungsvorschlag für die Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen im Rechtsrahmen der EU verankerten Europäischen Währungsfonds (EWF) vorgelegt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/579 abzulehnen.

Berlin, den 28. November 2018

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Johannes Kahrs
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Johannes Kahrs, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch und Sven-Christian Kindler

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 11. Sitzung am 01. Februar 2018 den Antrag auf **Drucksache 19/579** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, den Kommissionsvorschlag COM(2017) 827 final zur Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds im Rat abzulehnen; sich auf europäischer Ebene oder im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit für eine EU-weit koordinierte einmalige Vermögensabgabe für Millionäre und einen Schuldenschnitt für überschuldete Staaten einzusetzen; die Kommission aufzufordern, einen neuen Vorschlag für eine Bankenstrukturreform vorzulegen, die systemrelevante Institute der EU aufspaltet und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wirksam vor den Kosten neuer Finanz- und Bankenkrisen schützt; sich auf europäischer Ebene für eine grundlegende Revision der EU-Verträge einzusetzen, um nach der Reduzierung der Staatsschulden eine Finanzierung öffentlicher Investitionen durch EZB-Kredite im Rahmen des Inflationsziels der EZB und einer nachhaltigen öffentlichen und privaten Schuldenquote zu ermöglichen und Gesetzentwürfe zur Stärkung der Binnenwirtschaft in Deutschland durch ein öffentliches Investitionsprogramm, eine Korrektur nachfragehemmender Arbeitsmarkt- und Sozialreformen, der Abschaffung von, unter anderem, sachgrundlosen Befristungen, Missbrauch von Werkverträgen, Leiharbeit und dem repressiven Hartz-IV-System vorzulegen und hierüber die chronischen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands wirksam zu reduzieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/579 in seiner 28. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/579 in seiner 24. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/579 in seiner 24. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/579 in seiner 21. Sitzung am 28. November 2018 beraten und empfiehlt mit Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/579 in seiner 27. Sitzung am 28. November 2018 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/579 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. gefasst.

Berlin, den 28. November 2018

Eckhardt Rehberg
Berichtersteller

Johannes Kahrs
Berichtersteller

Peter Boehringer
Berichtersteller

Otto Fricke
Berichtersteller

Dr. Gesine Lötzsch
Berichterstellerin

Sven-Christian Kindler
Berichtersteller